

## Verbitterung der Armen wächst

### Kritik am geschönten Armuts- und Reichtumsbericht

**Dass die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland größer wird, ist hinlänglich durch Fakten belegt. Aber verletzt die nachgewiesene Spreizung von Vermögen und Einkommen auch das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung? Diese Frage ist im ersten Entwurf des neuen Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung im September noch bejaht worden. Jetzt fehlt diese Passage in der überarbeiteten Fassung, wie auch andere kritische Fakten und Schlussfolgerungen. „Das ist absolut bedauerlich“, betont der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig.**

„Warum sollte ein offizieller Bericht nicht benennen dürfen, dass eine extrem ungleiche Einkommensentwicklung das Gerechtigkeitsgefühl der Gesellschaft verletzt?“ Die Caritas und andere Wohlfahrtsverbände nehmen jedenfalls wahr, wie verbittert Menschen sind, die unter der Armutsentwicklung leiden: Langzeitarbeitslose beispielsweise, die erleben, wie um eine Erhöhung ihrer Regelsätze um wenige Euro gefeilscht wird. Menschen, in prekären Arbeitsverhältnissen, die trotz Vollzeitjobs auf Tafeln oder Kleiderkammern angewiesen sind. Lüttig: „Hier wächst eine Bevölkerungsgruppe heran, die von der Politik nichts mehr erwartet.“ Symptomatisch sei die geringe Beteiligung an Landtags- oder Bundestagswahlen in Vierteln mit besonders hoher Armutsquote. Wenn der neue Armuts- und Reichtumsbericht mit dem Makel „geschönt“ behaftet ist, werde derartigen „offiziellen“ Analysen ein

Bären dienst erwiesen. Lüttig: „Das seriöse Image einer amtlichen Berichterstattung ist mit diesem Entwurf verloren.“ Dies sei ein Ärgernis, zumal die Aufmerksamkeit jetzt von den harten Fakten des Berichtes abgelenkt werde. So habe sich beispielsweise seit 1999 die Zahl der Menschen verdoppelt, die dauerhaft in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Die Auswirkungen bekommt auch die Caritas zu spüren. „Existenzunterstützende Dienste wie Tafeln, Suppenküchen oder Kleiderkammern haben Hochkonjunktur“, erklärt Lüttig. Doch eigentlich seien solche Dienste nur eine Notlösung. „Für einen Sozialstaat ist jede Suppenküche eine Suppenküche zu viel.“ ◀ (cpd)

### Studie: In NRW höhere Krankenhaushäufigkeit durch Armut

Dass die Krankenhaushäufigkeit in NRW um knapp sechs Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegt, ist nicht zuletzt auf eine ebenso überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und Armut zurückzuführen. Eine aktuelle Studie des Deutschen Krankenhausinstituts in Düsseldorf belegt diesen Zusammenhang sowohl für das gesamte Land als auch auf regionaler Ebene. Münsters Diözesan-Caritasdirektor Heinz-Josef Kessmann sah darin eine weitere Bestätigung für die Behauptung der Caritas „wer arm, langzeitarbeitslos und gering qualifiziert ist, hat ein höheres Gesundheitsrisiko.“ Arme Menschen lebten stressiger mit ihren existenziellen Sorgen und es fehlten ihnen häufig stützende soziale Netze. ◀ (cpm)

## Protest gegen Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege



Foto: Flüter/cpd

Im Kreis Paderborn haben mehrere Wochen lang die privaten Pflegedienste und Caritas-Sozialstationen gegen die Rahmenbedingungen der ambulanten Pflege protestiert. Sie forderten bessere finanzielle Entgelte der Kassen und weniger bürokratische Belastungen durch Pflegedokumentation und Bürokratie. Ein Höhepunkt war am 24. Oktober ein Autokorso durch die Paderborner Innenstadt mit rund 50 Dienstwagen der Pflegedienste und Sozialstationen. In den örtlichen Niederlassungen der Krankenkassen stießen die Pflegedienste damit durchaus auf offene Ohren. Das hat allerdings kaum Einfluss auf die Entscheidungen über die Entgelte, die an überörtlicher Stelle getroffen werden. Der Protest zielt deshalb eher auf die breite Öffentlichkeit, die wissen soll, dass die ambulante Pflege „auf der Kippe steht“. Daneben gab es aber auch konkrete Ergebnisse. Vor Ort sprechen die örtlichen Krankenkassen mit den ambulanten Diensten über Erleichterungen im bürokratischen Ablauf. Damit gehen die Beteiligten einen Hauptkritikpunkt an: die überbordende Bürokratie im Pflegealltag. Im Zentrum der Proteste stand jedoch die mangelhafte Anpassung der Kassenentgelte an die gestiegenen Personal- und Sachkosten der Pflegedienste. ◀



# „Politik wird nicht vom Kind aus gedacht“

## Caritas in NRW fordert von der Landesregierung eine abgestimmte Politik gegen Armut von Kindern und Jugendlichen

Eine konzertierte Anstrengung der Landesregierung gegen Armut hat die Caritas in Nordrhein-Westfalen am 22. November in Düsseldorf gefordert. Im Rahmen einer Tagung zum Jahresthema „Armut macht krank“, die insbesondere die gesundheitlichen Folgen von Kinderarmut in den Blick nahm, kritisierte der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel, dass „stattdessen immer wieder mit kurzfristigen und nicht aufeinander abgestimmten Projekten Lösungen gesucht werden, die längst gefunden sind“.

Bislang werde die Politik nicht vom Kind aus gedacht. Erforderlich seien ein abgestimmtes Vorgehen und gemeinsame finanzielle Töpfe. Die Caritas schlage der Landesregierung vor, dazu einen Kinderbeauftragten zu ernennen und eine Kinderkommission einzuberufen. Eindeutig belegt sei anhand vieler Studien, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien ein deutlich höheres Gesundheitsrisiko hätten mit oft lebenslangen Auswirkungen. Umgekehrt gelte auch, dass Krankheit arm mache, so Hensel. Während die Armutsquote bundesweit stagniere, wachse sie in NRW noch. So gelten inzwischen knapp 16 Prozent der Bevölkerung als arm. Jedes fünfte Kind wächst in einer einkommensschwachen Familie auf. Stärker betroffen sind noch die Ruhrgebietsstädte mit Anteilen zwischen 30 und 40 Prozent beim Spitzenreiter Gelsenkirchen. Gesundheitlich schlägt sich das in vermehrten Infektionskrankheiten, Zahnproblemen und vor allem auch einer deutlich erhöhten Quote an psychischen Erkrankungen nieder.



Seit Oktober neuer Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Jugend und Familie und gleich Gast auf der Caritas-Tagung: Bernd Neuendorf (SPD)

Dass eine Gegensteuerung durchaus möglich ist, sei anhand der in den letzten Jahren auch von der Caritas erprobten und

immer weiter ausgebauten Frühen Hilfen „längst erwiesen“, erklärte Hensel. Bernd Neuendorf, Staatssekretär im NRW-Familienministerium, bekräftigte den Willen der Landesregierung, verstärkt in vorbeugende

*Eine aufeinander abgestimmte, konsequente Politik gegen Armut fordert der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Dr. Frank Johannes Hensel auf der Caritas-Fachtagung „Armut macht krank“ in Düsseldorf.*

Fotos: Westbeld



Hilfen zu investieren. Das Problem des Nebeneinanders guter Ansätze solle durch eine bessere Vernetzung angegangen werden. Das werde jetzt in einigen Modellkommunen geprobt.

### Hartz IV enthält 2,70 Euro für das tägliche Essen eines Kindes

Armut bleibt trotz des allerorten bekundeten guten Willens für Prof. Dr. med. Gerhard Trabert ein „Randthema“. Grund dafür sei unter anderem, dass das Problem immer noch individualisiert werde. Gutes Beispiel dafür sei das Bildungs- und Teilhabepaket, das nur zu einem kleinen Teil bei den Familien ankomme, aber einen Verwaltungsaufwand von über 500 Millionen Euro erfordere. Dagegen stellte Trabert die völlig unzureichenden Anteile im Arbeitslosengeld II für Gesundheitspflege oder Er-

nährung. Gerade einmal 2,70 Euro stünden einem Kind bis fünf Jahre täglich für Essen zur Verfügung. „Eine gesunde Ernährung ist damit nicht möglich“, so der Mediziner, der Gründer und Vorsitzender des Vereins „Armut und Gesundheit“ ist und seit langen Jahren wohnungslose und arme Menschen behandelt.

Arm aufzuwachsen und damit umso wahrscheinlicher arm zu bleiben, wirkt sich gravierend auf die Lebenserwartung aus. Prof. em. Dr. Heiner Keupp, Mitverfasser des 13. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung, zeigte den engen Zusammenhang zwischen dem durchschnittlich erreichbaren Lebensalter und der Schere zwischen Arm und Reich auf. In Ländern mit großen Ungleichheiten liege die Lebenserwartung

insgesamt deutlich niedriger. Deutschland rangiere inzwischen im unteren Feld, deutlich darunter noch die USA.

Wahrhaben will die Politik diese Zusammenhänge nicht. Für den dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, der demnächst veröffentlicht werden soll, sei festgestellt worden, dass ein Drittel der armen Männer das 65. Lebensjahr nicht erreichte. Diese erschreckende Zahl sei aber aus dem Entwurf wieder gestrichen worden, kritisierte Gerhard Trabert.

Im Rahmen ihrer bundesweiten Jahreskampagne „Armut macht krank“ weist die Caritas auf die Ausgrenzung armer Menschen und die Folgen für deren Gesundheit hin. Insbesondere den Kindern lasse „dies keine faire Chance auf ein Aufwachsen in Wohlgehen“, sagte Frank Johannes Hensel. ◀

Harald Westbeld

## Mehr junge Freiwillige gesucht

**Düsseldorf** – Landesregierung und Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen wollen die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste verbessern und mehr junge Menschen dafür gewinnen. Familienministerin Ute Schäfer, Sozialminister Guntram Schneider (beide SPD) und der Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege NRW, Hermann Zaum, unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung. Geplant seien die Entwicklung von Mindeststandards für den Bundesfreiwilligendienst (BFD), Bildungskonzepte für über 27-jährige Freiwillige, Workshops für Träger und Einrichtungen sowie Öffentlichkeitsarbeit. ◀

## Mehr Krippenplätze eingerichtet

**Bonn** – Die katholischen Bistümer in NRW haben in den zurückliegenden vier Jahren die Krippenplätze für unter

Dreijährige (U3) in ihren Einrichtungen verdoppelt und teils verdreifacht. Insgesamt stieg die Zahl der U3-Plätze von rund 8300 bei Einführung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) im August 2008 auf circa 18400 im laufenden Kindergartenjahr 2012/2013. Der Beauftragte der nordrhein-westfälischen Bistümer bei Landtag und Landesregierung, Prälat Martin Hülskamp, kritisierte eine finanzielle Benachteiligung der Kirchen durch das KiBiz. Während freie Träger mit einem Eigenanteil von 4 bis 9 Prozent belastet würden, müssten die Kirchen mit Hinweis auf die Kirchensteuer 12 Prozent leisten. Dabei werde übersehen, dass es sich bei der Kirchensteuer um Mitgliedsbeiträge handele, die überdies nicht nur für Kirchenangehörige verwandt würden. Auch decke die jährliche Steigerung der Kindpauschale in Höhe von 1,5 Prozent nicht den Kostenzuwachs. ◀

## Caritas-Picknick mit Familien

**NRW** – Im Rahmen der Caritas-Kampagne 2013 mit dem Slogan „Familie schaffen wir nur gemeinsam“ wird am Caritas-Sonntag bundesweit ein großes Picknick veranstaltet. Von der Bundesebene unterstützt, soll es dezentral stattfinden, aufgerufen sind Caritasverbände, Freiwilligenzentren, Kindertageseinrichtungen und Netzwerke von Ehrenamtlichen. Sie laden Familien und Menschen, die Zeit haben, aus ihrem Ort ein, essen miteinander, spielen, erzählen und knüpfen möglichst Kontakte, die über den Tag hinaus tragen. In Nordrhein-Westfalen ist der Caritas-Sonntag im Jahr 2013 am 22. September. ◀

**Das Thema „Familie“ ist Schwerpunkt der nächsten Ausgabe des Magazins Caritas in NRW. Es erscheint Anfang Januar.**

# Das Kindeswohl muss Vorrang haben

## Kritik an geplantem Schnellverfahren der Reform des Sorgerechts

**Die Caritas in NRW kritisiert die Gesetzespläne der Bundesregierung beim Sorgerecht. Danach soll in Streitfällen um das elterliche Sorgerecht zukünftig ein neues schriftliches Schnellverfahren eingeführt werden. Dabei kann es auch zu Entscheidungen nach Aktenlage kommen ohne persönliche Anhörung von Mutter und Vater. „Die Caritas in NRW hält das geplante Schnellverfahren bei strittigen Sorgerechtsentscheidungen für ungeeignet“, erklärte Heinz-Josef Kessmann, Sprecher der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.**

„Beim Sorgerecht muss das Kindeswohl Vorrang haben“, sagte er. Die besondere Situation einer Trennung der Eltern stelle häufig eine Stresssituation und Krise dar. „Daher bedarf es im Konfliktfall einer sorgfältigen Prüfung der Situation, um Kinder nicht zum Spielball elterlicher Interessen zu machen“, betonte Kessmann.

Die Caritas in NRW fordere den Bundesgesetzgeber auf, das geplante schriftliche Verfahren, das ohne Anhörung der Mutter und des Jugendamtes auskommen soll, fallen zu lassen. „Bei einer gerichtlichen Entscheidung über das Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern ist eine echte Einzelfallprüfung vor Gericht unabdingbar, eine Entscheidung nur nach Aktenlage

dient der Beschleunigung, aber ganz sicher nicht dem Kindeswohl“, betonte Kessmann. „Der Gesetzgeber muss beispielsweise auch stärker berücksichtigen, dass in Familien, in denen Kinder Gewalt erleben und Mütter ins Frauenhaus fliehen, ganz besonders sorgfältig Umgangs- und Sorgerecht geprüft werden müssen. „Dies muss auch weiterhin im Rahmen einer individuellen Einzelfallentscheidung nach persönlicher Anhörung richterlich entschieden werden“, unterstrich Kessmann, der Caritasdirektor für die Diözese Münster ist. Hintergrund: Können sich nicht miteinander verheiratete Eltern nicht auf das gemeinsame Sorgerecht verständigen, kann der Vater bei Gericht beantragen, am Sorgerecht beteiligt zu werden. Der Ge-

setzgeber beabsichtigt, für diese Anträge ein neues schriftliches Schnellverfahren einzuführen: Innerhalb von sechs Wochen muss die Mutter schriftlich darlegen, wieso die gemeinsame elterliche Sorge dem Kindeswohl widerspricht. Bringt die Mutter keine überzeugende Begründung zu Papier oder verpasst sie die Frist, muss das Gericht ohne Kindeswohlprüfung nach Aktenlage auf gemeinsame Sorge entscheiden. ◀

## Impressum

### Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,  
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,  
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,  
Web: www.caritas-nrw.de

### Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn, vertreten durch Diözesan-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

**Chefredakteur:** Markus Lahrmann

**Abo-Fragen:** Kevin Jandrey

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn

**Anzeigenverwaltung:** Bonifatius GmbH

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Karl Wegener, Tel.: 052 51/1 53-2 20, E-Mail:

karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

## Imageverbesserung angestrebt

### Werkstatträte aus Werkstätten für behinderte Menschen trafen sich

**130 Mitglieder von 29 Werkstatträten aus 25 Caritas-Trägereinrichtungen in NRW konnte Josef Lüttig, Direktor des Caritasverbandes für das Erzbistum Paderborn, als Vorsitzender der Konferenz der Caritas-Werkstätten beim diesjährigen Jahrestreffen in Dülmen begrüßen.**

Lüttig berichtete über ein Image-Projekt für die Werkstätten. Ziel sei es, die Menschen in den Werkstätten sowie deren Aufgaben und Möglichkeiten stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Selbstverständlich beteiligt würden auch die Werkstatträte, deren Mitwirkung wichtig sei.

Gastreferentin Marlies Wiesemann vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe beantwortete danach zahlreiche Fragen und ging auf Verunsicherungen ein, die mit diesem Kostenträger zu tun hatten. Besonders ging es um eine Weiterfinanzierung von Integrationsassistenten sowie um Verunsicherungen im Zusammenhang mit Vermittlungen auf Außenarbeitsplätze bzw. auf den ersten Arbeitsmarkt. Frau Wiesemann gelang es, manche Skepsis zu entschärfen. Unmut äußerten die Werkstatträte über manche Berichterstattung in Presse und Rundfunk, in der die Finanzdefizite der

Landschaftsverbände der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zugeschrieben würden. Es handele sich doch um demokratisch festgelegte Formen sozialer Hilfen. Ihnen deswegen in der Öffentlichkeit eine Sündenbockrolle zuzuschreiben, könne auch Vorurteile gegen Menschen mit Behinderung bestärken, hieß es warnend. Schon im 23. Jahr trafen sich die gewählten Werkstatträte aus den Mitgliedswerkstätten in NRW. In NRW gibt es 28 Caritas-Einrichtungen mit ca. 16500 beschäftigten Menschen mit Behinderung. ◀



## Trauer um Brand-Opfer

### Furchtbarer Alptraum wahr geworden

**Die Caritas trauert. Bei einem Brand in einer Caritas-Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Titisee-Neustadt sind 14 Menschen ums Leben gekommen.**

„Fassungslos stehen wir vor diesem tragischen Unglück“, sagte der Vorsitzende der Konferenz der Caritas-Werkstätten in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen, der Paderborner Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig. In einem Kondolenzschreiben an Egon Engler, Vorstand des Caritasverbandes Freiburg-Stadt, schrieb Lüttig: „Für Sie ist der Alptraum aller Einrichtungen der Behindertenhilfe in so furchtbarer Weise wahr geworden. Die uns Anvertrauten durch ein Unglück zu verlieren, ist eine Erfahrung, vor der wir alle Angst haben und die wir im Alltag gerne verdrängen.“ Die Caritas-Werkstätten boten ihre aktive Unterstützung bei kurz- oder mittelfristigen Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Katastrophe an. ◀

--	--	--